

Gesellschaft

Konservative Bildungspolitik contra Pädagogik oder wie die Nahtstellenproblematik zum Zweiklassensystem führt, die Selektion verschärft und Jugendarbeitslosigkeit produziert

Nicht nur der Regierungswechsel hat einer breiten Öffentlichkeit das jahrzehntelange Dilemma einer verfehlten Schulpolitik auch medial vor Augen geführt, sondern ganz aktuell auch die erstmals exekutierte Aufnahmeverordnung des Bildungsministeriums, eines der letzten faulen pädagogischen Eier der Ära Gehrler oder einer verfehlten konservativen Schulpolitik. Wie in den letzten Wochen den meisten Medien zu entnehmen war, mussten sich die Kinder der 4. Klasse Volksschule und die Jugendlichen der 4. Klasse Hauptschule bzw. Gymnasium anmelden, wenn sie eine weiterführende höhere Schule besuchen wollen. Ausschlaggebend für die Anmeldung war das Semesterzeugnis, genauer die Schulnachricht, und nicht wie früher das Jahreszeugnis. Zudem musste man konkret eine Wunschschule benennen und in einer Rangordnung weitere Schulen ankreuzen.

Überfüllte Gymnasien – ausgehungerte Hauptschulen ...

Das hatte in Vorarlberg konkrete Veränderungen zur Folge – ob zum Besseren, sei dahingestellt. Insgesamt werden ab komendem Herbst 8 neue erste Klassen, aufgeteilt auf verschiedenen Gymnasien des Landes, eröffnet werden. Das hängt natürlich auch mit der Einführung der Reduktion der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 zusammen. De facto werden aber in den einzelnen Gymnasien, weil der Andrang so groß ist, die Schülerhöchstzahlen in den ersten Klassen wiederum bei 28 bis 30 sein – Welch ein Fortschritt! Als „Gegenleistung“ gibt es dafür keine geteilten Fremdsprachengruppen mehr. Dass mit dieser Neuregelung des Aufnahmeverfahrens die Hauptschulen weiterhin massiv ausgehungert werden, außer in ländlichen Gegenden, sei nur nebenbei erwähnt. Dafür müssen sich einige Gymnasien Containerlösungen überlegen, weil sie sonst aus allen Nähten platzen würden. Dabei wäre gerade diese Raumsituation aus meiner visionären Sicht die große Chance, dass sich

Gymnasien und Hauptschulen räumlich und im Idealfall sogar personell annähern könnten, wenn leer stehende Hauptschulklassen mit Gymnasialklassen belebt würden – ein erster Schritt zur Gesamtschule?!

Lotteriespiel Schulaufnahme?

Zweifellos hat die frühe Anmeldung, rein administrativ gesehen, einige Vorteile. Der Landesschulrat verwaltet die Anmeldungen zentral, den Gymnasien wird dadurch einiges an Arbeit abgenommen und die Kinder bzw. Jugendlichen wissen schon am Schuljahresende, in welche Schule sie im Herbst kommen werden, was sicher eine emotionale Erleichterung für alle Betroffenen darstellt. Warum dann die Aufregung und die Kritik an dieser neuen Verordnung?

Für mich überwiegen eindeutig die Nachteile, weil bei all diesen Maßnahmen nicht an die Hauptbetroffenen, nämlich die Kinder und Jugendlichen gedacht wurde, sondern nur an eine möglichst reibungslose Administration der Anmeldung bzw. Aufnahme. „Schulaufnahme wird zum Lotteriespiel“⁴¹ - das darf und kann in einem Land nicht sein, dessen überwiegend konservative PolitikerInnen sich so viel einbilden auf seine Bildungstradition und horrende Summen ineffizient in die Bildung und seit letztem Jahr auch noch in eine Eliteuniversität, das Feigenblatt für Versäumnisse in der Hochschulpolitik, investieren möchten!

Volksschule: Wachsender Druck auf SchülerInnen und LehrerInnen

Die politisch Verantwortlichen dieser Aufnahmeverordnung haben sich offensichtlich keinerlei Gedanken über die pädagogischen Auswirkungen ihres ignoranten Tuns gemacht. Die Kinder in der Volksschule stehen häufig schon in der dritten Klasse unter dem enormen Druck jener Eltern, die ihr Kind unbedingt ans Gymnasium schicken wollen, vielfach unabhängig von Überlegungen, ob das Kind dafür geeignet ist oder nicht. Schließlich ist das Gymnasium in un-

serer Gesellschaft einfach prestigeträchtiger als die öffentliche Hauptschule. Dieser Druck hat unter anderem zur Folge, dass Kinder leider schon in der Volksschule immer mehr Nachhilfeunterricht bekommen, wenn es sich die Eltern leisten können oder ihren Ehrgeiz stillen müssen. Noch schlimmer finde ich, dass viele Kinder die Freude und Lust an der Schule verlieren, was wiederum zu signifikanten psychischen und/oder psychosomatischen Belastungen führen kann, wie mir Fachleute zunehmend versichern. Aber nicht nur die Kinder leiden unter diesem Druck. Dieser wird vehement auch bei den LehrerInnen spürbar, vielleicht nicht so sehr bei den routinierten, aber ganz sicher bei den jungen, die dem Druck vieler Eltern ungeschützt ausgesetzt sind und womöglich ihre reformpädagogischen Unterrichtsmethoden zugunsten eines uralten Paukerunterrichts ändern müssen, bei dem es meistens um bloßes Auswendiglernen und keinesfalls um verstehendes oder gar handelndes Lernen geht.

Eine weitere Tatsache verschärft die Situation in der 4. Klasse Volksschule besonders. Dort haben nämlich die Kinder zum ersten Mal in ihrer Schullaufbahn laut Lehrplan Schularbeiten zu schreiben. Wie wir ja alle wissen, erzeugt diese Form der Überprüfung bei den meisten Kindern und Jugendlichen Stress und Angstzustände (häufig auch bei besorgten Eltern!), schließlich hängt ja davon wesentlich die Zeugnisnote ab – eine Gepflogenheit, die zwar ungesetzlich ist, weil die Schularbeitennoten nur eine von vielen Beurteilungskriterien darstellen, aber in der traurigen Schulrealität, in der Noten über allem stehen, nach wie vor Hauptbeurteilungskriterium ist!

Ist jetzt diese Schularbeitenhürde geschafft und ein für die weiterführende Schule akzeptables Zeugnis mit beinahe lauter Einsern die Berechtigung zur Aufnahme, dann können sich theoretisch diese SchülerInnen auf die faule Haut legen und sich im Extremfall schon während des zweiten Se-



mesters in Ruhe auf die großen Ferien vorbeireiten, ohne besonders gute Leistungen bringen zu müssen. Denn nur bei einem starken Leistungsabfall ist die höhere Schule infrage gestellt. SchülerInnen hingegen, die es nicht geschafft haben und eventuell frustriert sind, haben keine Chance. Sie müssen 4 Jahre warten, bis sie nach der vierten Klasse Hauptschule vielleicht den nächsten Anlauf in eine höhere Schule schaffen. Es braucht nicht sehr viel Phantasie, um sich auszumalen, dass diese SchülerInnen nicht besonders motiviert sind, im zweiten Semester Höchstleistungen zu erbringen! Den einen wurde signalisiert, dass sie es geschafft haben und sich nicht mehr besonders anstrengen müssen, den anderen wird ihre Unfähigkeit vor Augen gehalten und ebenfalls die Aufforderung zur Untätigkeit bzw. zum Minimalismus signalisiert. Zugegeben, das sind Denkvarianten, weil wir ja noch keine Erfahrungswerte haben, aber sie sind durchaus möglich.

Ungerechtes, selektives öffentliches Schulsystem

Wie so vieles in unserem desolaten Schulsystem ist diese Aufnahmeverordnung wiederum nur eine Reaktion auf Fehlentwicklungen in den letzten Jahrzehnten. Seit geraumer Zeit ist eine immer stärker werdende Nachfrage in höhere Schulen mit Maturaabschluss zu beobachten, weil offensichtlich immer mehr Menschen erkannt haben, dass eine Matura in unserer Gesellschaft und vor allem in unserer Wirtschaft den Schlüssel für eine fundierte Berufsausbildung darstellt und entsprechende Karrierechancen ermöglicht. Ich bin der festen Überzeugung, dass diese auch in Handwerksberufen und anderen Berufen ohne Maturavoraussetzung möglich ist, doch Fakt ist die steigende Nachfrage – das kann man bedauern, resignativ zur Kenntnis nehmen oder Ursachenforschung betreiben. Die Hauptursache ist aus meiner Sicht unser ungerechtes, selektives öffentliches Schulsystem.

Mit dieser Sichtweise bin ich keineswegs allein. All diejenigen, die nur ein Fünkchen Gerechtigkeit und Solidarität in sich spüren, müssten erkennen, wie sozial extrem ungerecht unser Schulsystem ist. Nicht umsonst stellt PISA-Österreich-Chef Günter Haider fest: „Das österreichische Schulsystem ist zusammen mit dem deutschen das ungerechteste in ganz Europa.“² Weiters stellt er fest: „Die Selektion mit zehn Jahren führt zur systematischen Benachteiligung der Kinder aus sozioökonomisch schwächeren, bildungsferneren Familien. Ein Teil der ganzen Selektion mit zehn Jahren spielt sich ja in den Köpfen der Eltern ab. Darum macht es auch keinen Sinn, eine freiwillige Gesamtschule neben das differenzierte System zu stellen. Das Problem beginnt ja schon mit der Wahl der Eltern. Akademikereltern haben ganz andere Bildungserwartungen, aber auch Unterstützungsleistungen für ihre Kinder, als Arbeiterfamilien.“

Nahtstellenproblematik und Verhinderungsstrategien

Schuld an diesem Missstand ist das zweigliedrige Schulsystem, das nach der 4. Klasse Volksschule die Trennung zwischen Hauptschule und Gymnasium erzwingt. Über die Folgen wurde schon in einem früheren Artikel (KULTUR September 2006) geschrieben. Die aus dieser Entweder-oder-Situation erwachsende Problematik nennt man „Nahtstellenproblematik“, die sich dann in der 4. Klasse der Hauptschule oder des Gymnasiums wiederholt, allerdings mit mehr Facetten.

Diese Nahtstellenproblematik gibt es, seit unser duales System existiert. Durch den in den letzten Jahrzehnten verstärkten Andrang ins Gymnasium wurde diese Problematik immer virulenter, vor allem in größeren Städten und ihrem Nahbereich. Neben der verstärkten Nachfrage rächte sich die jahrzehntelange Verhinderungspolitik der Regierungen Vorarlbergs, die bewusst nicht mehr Gymnasien wollten, um den elitären Charakter des Gymnasiums zu bewahren.

Dieselbe Verhinderungsstrategie wurde übrigens auch bei der Ansiedlung einer eigenen Universität angewandt. Bundeskanzler Sinowatz wollte sie forcieren, allein das Land bzw. der damalige Landeshauptmann Kessler war dagegen, um ja keine studentischen Revoluzzer nach Vorarlberg zu bekommen. Dafür buttert man jetzt umso mehr Geld in die Fachhochschule Dornbirn, offensichtlich um dieses Versäumnis zu kompensieren.

Doch zurück zur Nahtstellenproblematik. Als Ministerin Gehrler 1995 das Unterrichtsressort übernahm, ließ sie ziemlich bald eine ministerielle Arbeitsgruppe, der auch ich angehörte, genau zu dieser Problematik gründen, wo sich Fachleute aus ganz Österreich in regelmäßigen Abständen trafen, um Lösungen für diese Problematik zu finden. Sozusagen die Wurzel allen Übels fanden wir im dualen System, in dieser Trennung nach der 4. Klasse Volksschule in zwei verschiedenen Schultypen. Da waren wir uns alle einig. Deshalb beschlossen wir eine Abschlussquote, wo wir unsere Ergebnisse präsentieren wollten. Doch dazu kam es nie. Wahrscheinlich wollte man seitens des Unterrichtsministeriums diese unangenehme Wahrheit nicht öffentlich machen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, dass es weder eine offizielle Auflösung der Arbeitsgruppe gegeben hat, noch ein Dankschreiben. Immerhin hatten wir einiges an Zeit investiert und bekamen nichts außer den Fahrtspesen.

Dieselben Erfahrungen mit einer Arbeitsgruppe zur Nahtstellenproblematik habe ich 2 Jahre später im Bezirk Dornbirn gemacht, wo wir zu den genau gleichen Erkenntnissen gekommen sind. Dieses Mal war es ein mittlerweile pensionierter Inspektor, der unsere Erkenntnisse partout nicht zur Kenntnis nehmen wollte und sozusagen mit Zähnen und Klauen das Gymnasium verteidigte. Die Beendigung der Arbeitsgruppe erfolgte stillvoller mit dem Hinweis, man würde das Thema weiter verfolgen und sich gegebenenfalls

wieder treffen, was natürlich nie mehr geschah.

Die zweite Nahtstelle ist der Übergang nach der 4. Klasse Hauptschule oder Gymnasium.³ Hier ist die Problematik noch um einiges komplexer, weil es viele Möglichkeiten gibt. Für GymnasiastInnen ist die Aufnahme in eine höhere berufsbildende oder allgemeinbildende Schule relativ einfach, weil sie den gymnasialen Bonus haben und deshalb überwiegend leichter unterkommen als ihre AlterskollegInnen in der Hauptschule. Die SchülerInnen der ersten und bedingt auch die der zweiten Leistungsgruppen in der Hauptschule haben es da schon schwerer, in ihrer Wunschschule unterzukommen, aber vielen gelingt es doch. Diejenigen, die nicht unterkommen bzw. abgewiesen werden, und vor allem die SchülerInnen der dritten Leistungsgruppe haben gar keine Entscheidungsmöglichkeit – sie müssen das neunte Schuljahr im Polytechnischen Lehrgang absolvieren. Gegen diesen Lehrgang ist im Grunde genommen nichts einzuwenden, im Gegenteil, die berufsorientierte Vorbereitung und das Kennenlernen diverser Berufe ist wichtig und wertvoll und hat vielen schon eine Lehrstelle gebracht und eine berufliche Karriere ermöglicht. Doch leider ist dieser einjährige Lehrgang für viele Jugendliche eine Zwangsbeglückung und hat in der Bevölkerung den Ruf einer Restschule, die man halt absitzen muss. Mit diesen Feststellungen möchte ich keineswegs die Arbeit an den polytechnischen Schulen kritisieren – hier wird wertvolle Arbeit geleistet, aber trotzdem leidet das allgemeine Image.

Ein Problem, das von vielen Bildungspolitikern entweder nicht wahrgenommen oder verdrängt wird, ist die nicht unbeträchtliche Anzahl von Jugendlichen, die die erste Klasse einer mittleren oder höheren Schule im wahrsten Sinne des Wortes absitzen, um nicht ins Poly zu müssen oder um einfach das neunte Schuljahr hinter sich zu bringen. Was das für die Unterrichtsqualität in den betroffenen Klassen bedeutet, kann sich jede/r selber ausmalen. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn in vielen berufsbildenden höheren Schulen nach dem ersten Schuljahr ganze Klassen eliminiert werden. Das kann natürlich auch pädagogische Gründe haben.

Zur Nahtstellenproblematik gehört für mich auch die Misere der dritten Leistungsgruppen in der Hauptschule. Diese systembedingte Ghettoisierung von Jugendlichen ist zynisch, menschenunwürdig und asozial. Hier liegt für mich auch der Hauptgrund, warum laut PISA-Studie ca. 20 % der 15-Jährigen nicht sinnerfassend lesen und zum Teil nicht schreiben können, wie mir von Po-

lylehrerInnen und BerufsschullehrerInnen immer wieder bestätigt wird. Dass diese Jugendlichen auf dem angespannten Arbeitsmarkt praktisch keine Chance haben, muss nicht eigens erwähnt werden. Das sind übrigens nicht nur Jugendliche mit migraantischem Hintergrund, wie viele wahrscheinlich reflexartig mutmaßen, sondern zu einem großen Teil Jugendliche aus einem bildungsfernen Milieu, also Einheimische, wie Untersuchungen zeigen.

Gemeinsame Schule der 10- bis 15-Jährigen

Die Nahtstellenproblematik würde sich in nichts auflösen, wenn es keine Trennung nach der 4. Klasse Volksschule gäbe, sondern eine gemeinsame Schule der 10- bis 15-Jährigen, allerdings mit innerer Differenzierung, wo SonderpädagogInnen, HauptschullehrerInnen und GymnasiallehrerInnen gemeinsam unterrichten und wo SozialpädagogInnen und TherapeutInnen den SchülerInnen, die besondere Bedürfnisse und Begabungen haben, zur Seite stehen. Dann gäbe es kein Sitzenbleiben und ein soziales Miteinander ohne Selektion, dafür eine gelebte Integration bzw. Inklusion!

Auch in der achten bzw. neunten Schulstufe gäbe es eine gewisse Entschärfung der Nahtstellenproblematik, weil die meisten SchülerInnen in einer acht- bzw. neunjährigen Schullaufbahn ohne Unterbrechung in einem Klassengefüge, das nicht nach 4 Jahren über den Haufen geworfen wird, schon eher ihre individuellen Begabungen kennen und eine konkretere Vorstellung davon haben, welchen Beruf sie einmal anstreben möchten.

Zur Umsetzung dieses in vielen europäischen Ländern praktizierten Schulsystems bräuchte es eigentlich nur ein soziales Gewissen und eine nachhaltige Wirtschaftskompetenz. Denn diese setzt das Wissen um die wertvollste Ressource eines Landes, nämlich alle Jugendlichen mit ihren individuellen Fähigkeiten, voraus. Weiters bräuchte es den Mut, funktionierende Modelle anzuschauen und die alten Trampelpfade der Bildungspolitik nicht nur zu sanieren, sondern zu verlassen – einfach zum Wohle **aller** Kinder und Jugendlichen, unabhängig von ihrer geografischen Lage und ihrer sozialen Herkunft.

Wenn ich so für mich die Schuldebatten der letzten Jahre und der letzten Wochen Revue passieren lasse, bezweifle ich stark, dass dieses Wissen um die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Veränderung in unserem Bildungssystem bei den meisten PolitikerInnen, bei den StandesvertreterInnen und leider auch bei vielen KollegInnen,

wenn überhaupt, auch nur im Ansatz vorhanden ist. Vielfach gibt man sich mit kosmetischen Reparaturen und kleinen Zugeständnissen zufrieden und vergisst dabei das Wohl und die Zukunft unserer Kinder. Für mich völlig unverständlich ist die Verteidigung des bestehenden Schulsystems um jeden Preis, trotz einer Vielzahl an wissenschaftlichen Untersuchungen und Erkenntnissen, die geradezu nach Veränderungen schreien, ganz zu schweigen vom latenten Unbehagen vieler betroffener Menschen. Diese Ignoranz und Rückwärtsgewandtheit ist für mich einfach unverantwortlich und kurzsichtig, weil sie nicht wenige Jugendliche in die Arbeitslosigkeit treibt und wertvolle Zukunftspotenziale brach liegen lässt und letztlich die Zukunftschancen unseres Landes beeinträchtigt. *Peter Fischer*

¹Schlagzeile der APA vom 9. 1. 2007

²in: Der Standard, 21./22. 10. 2006

³Die sonderpädagogischen Einrichtungen werden hier nicht eigens erwähnt, was aber keinesfalls eine Geringschätzung bedeuten soll!